

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 14 Mk., Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achteckige Postkarte oder deren Raum 3,00 Mk., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

# Lübecker Volksbote

Nummer 69.

Mittwoch, den 22. März 1922.

29. Jahrgang.

## Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 22. März.

Gestern faßte die Reparationskommission endgültig Beschluß über den Wiedergutmachungsplan für 1922. Im wesentlichen blieb es bei den Abmachungen von Cannes. Deutschland hat für das laufende Jahr 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen abzutragen. Von dieser Summe abzuziehen sind die bisher geleisteten deutschen Ratenzahlungen in Höhe von achtmal 31 Millionen Goldmark; es bleibt also eine Restsumme — außer den Sachleistungen — von 472 Millionen Goldmark. Das macht auf jeden Monat eine Teilzahlung von rund 50 Millionen Goldmark. Gegenüber den bisherigen Teilzahlungen (90 Millionen) bedeutet das eine gewisse Erleichterung. Aber auch sie genügt nicht, um den Markkurs wieder zu festigen; oder um eine deutsche internationale Goldanleihe zu ermöglichen.

Außerdem hat die Entscheidung der Reparationskommission noch eine Rehrseite. Sie verlangt eine Reihe von Garantien dafür, daß Deutschland Ordnung in seine Finanzen bringe. Nach der französischen Forderung sollte zu diesem Zwecke sofort eine interalliierte Finanzkontrolle über Deutschland verhängt werden; England und Italien widersetzten sich diesem Plan und wollten sich mit einem Ultimatum begnügen, bei dessen Erfüllung Deutschlands Finanzwirtschaft völlig freibleiben sollte. Nach den letzten Nachrichten haben sich beide Parteien schließlich auf ein Kompromiß geeinigt. Genauer und zuverlässige Angaben darüber liegen noch nicht vor. Es scheint, als ob man mehr der englisch-französischen Auffassung zuneigt; daß man sich mit deutschen Garantien begnügen will, ohne selbst Kontrolle auszuüben. Allerdings sind diese Garantieforderungen sehr harte, und Deutschland soll ihnen sofort zustimmen. Es handelt sich um die Erhebung von Goldzöllen, Regelung des Devisenverkehrs, Aenderung des Reichsbankstatuts usw.

Alles in allem: wieder halbe Arbeit. Man verfährt nach wie vor nach dem Rezept, von dem der ehemalige Ministerpräsident Nitzi in seinem Buche „Das friedlose Europa“ sagt, daß es ebenso dumm wie verhängnisvoll sei. Man zwingt Deutschland, durch erhöhte Ausfuhr seinen Verpflichtungen nachzukommen; gleichzeitig aber möchte man diese Ausfuhr mit allen Mitteln vernichten. Man möchte die deutsche Kuh melken, gleichzeitig ihr aber auch das Futter abschneiden.

In Irland tobt aufs neue der Bürgerkrieg. Das unglückselige Land hat nur wenige Wochen die Ruhe genießen können, die das weitherzige Entgegenkommen Lloyd Georges ihm zunächst gebracht hatte. Jetzt sind die Verhältnisse verworrener als je. Das irische Volk selbst hat sich in sich gespalten. Die unentwegten Anhänger de Valeras, des eigensinnigen Verfechters der völlig unabhängigen Republik, haben aufs neue Kampfhandlungen begonnen. Gegen ihre eigenen Landsleute, die sich unter der Führung Griffiths mit England auf Grund des Abkommens ausöhnen möchten; und gleichzeitig gegen die protestantischen Ulsterprovinzen, denen sie die vorgesehene Sonderstellung auf keinen Fall zugestehen wollen. An der Grenze zwischen Südirland und Ulster sollen sich die beiden Parteien in Schützengräben, in Schützengraben, mit allen Waffen moderner Kriegführung ausgerüstet. Auf der einen Seite die Anhänger de Valeras, auf der anderen die Ulsterwilligen Carson.

Es ist zu fürchten, daß die Iren durch ihre unverzöhnliche Haltung auch die Freiheit wieder verlieren, die ihnen in dem bekannten Abkommen von London zugesprochen wurde.

## Die Vermögenssteuer angenommen.

SPD. Berlin, 21. März.

Der Reichstag erledigte am Dienstag die zweite Lesung des Vermögenssteuergesetzes. Die Abstimmung über den § 16 ergab, wie vorausgesehen war, eine bürgerliche Mehrheit dafür, daß die landwirtschaftlichen Grundstücke nach dem Ertragswert, und nicht nach dem gemeinen Wert veranlagt werden. Damit hat die bürgerliche Reichstagsmehrheit im Gegensaße zur Regierungsvorlage die Begünstigung der Agrarier wiederum in ein Steuergesetz hineingebracht. Unabhängige und kommunistische Anträge auf Erhöhung des Tarifes mußten auch von unserer Fraktion abgelehnt werden, weil der Tarif einen Gegenstand des Kompromisses bildet. An und für sich sind aber auch wir der Auffassung, daß die Vermögen eine höhere Belastung ertragen könnten. Es bleibt bei einer Steuer von 1 bis 10 vom Tausend und Zuschlägen zu diesen Steuerätzen von 100 bis 200 Prozent als Ablösung des Reichsnotopfers. Bezeichnend für den Willen aller bürgerlichen Parteien, die Steuererklärungen möglichst zu verschleiern, ist die Ablehnung eines Antrages der Unabhängigen, der forderte, daß zur Nachprüfung der Einschätzung von Edelsteinen, Perlen, wertvollem Hausrat usw. die Vorlage der Einbruch- und Feuerversicherungs-policen verlangt werden könne. Alle bürgerlichen Parteien stimmten diesem Antrag nieder. Der sozialistischen Sache wenig dienlich war wieder einmal das Verhalten der Moskauer Kommunisten. Ihr Wortführer Höllein stellte geradezu halbbrüderliche Rechenkünste an, die immer wieder Heiterkeitsstürme in der Halle hervorriefen. Einzelne kommunistische Abgeordnete äußerten dabei in Zwischenrufen ihre Sehnsucht, selbst Millionär zu werden, eine wunderliche antikapitalistische Betätigung. Die Anträge der Moskauer Kommunisten waren derart, daß nicht einmal die kommunistische Arbeitsgemeinschaft für sie stimmte. Im Laufe der Debatte versuchten Helfferich und Becker-Hessen die Rechtsparteien als die Urheber der neulich verabschiedeten Einkommensteuernovelle hinzustellen, die bekanntlich auch den kleineren Einkommen gewisse Erleichterungen bringt. Mollenhuth (SPD.) und Dr. Herz (Unabh.) wiesen den Herren nach, daß die Rechtsparteien nur für die Entlastung der Steuer für die großen Einkommen gesorgt hätten, während es der Arbeit der sozialistischen Parteien zu danken sei, daß eine, wenn auch unzureichende Entlastung der unteren Einkommensstufen erzielt wurde.

Das Vermögenszuwachssteuergesetz wurde ebenfalls nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen, die Steuerätze von 1—10 v. H. vorsehen Sozialistische Verschärfungsanträge wurden abgelehnt. Dr. Helfferich wollte in dies Gesetz, das erst am 31. Dezember 1925 zum erstenmal wirksam wird, überhaupt keinen Tarif hineinschieben, weil dies angesichts der fortschreitenden Geldentwertung eigentlich nicht möglich sei. Sein dahingehender Antrag wurde abgelehnt.

Stürmische Auseinandersetzungen gab es bei dem Gesetzentwurf über die Nachkriegsgewinnsteuer, der nach den Beschlüssen des Ausschusses und des Kompromisses fallengelassen werden soll. Die Kommunisten zogen alle Register ihrer Steuerdemagogie. Der Abg. Koenen machte die Sozialdemokratie für alle Steuerjünden in Deutschland verantwortlich. Es hagelte nur so von Kapitalisnechten und Kapitalbedienten, von sozialdemokratischen Steuerräubern und Arbeiterverrättern. Als dann Genosse Rahmann sich gegen diese Rüpelien und Verdrehungen zur Wehr setzte, wurden die Kommunisten wütend. Rahmann stellte zunächst einmal fest, daß wir sehr gerne an der Nachkriegsgewinnsteuer festgehalten hätten, wenn wir dies gegen die Mehrheit der bürgerlichen Parteien hätten durchsetzen können. Immerhin haben wir, keineswegs durch die Unterstützung der Kommunisten erreicht, daß an Stelle der Nachkriegsgewinnsteuer, die erst im Jahre 1925 oder 1926 2—3 Milliarden Mark erbracht haben würde, den Kapitalisten die mehrere Jahre unverzinsliche Zwangsanleihe von 60 Milliarden Mark auferlegt wurde. Davon schmeißen die Kommunisten. Ganz wild wurden die beiden kommunistischen Fraktionen, als Rahmann die Moralpredigt des Abg. Koenen durch die Tatsache illustrierte, daß der kommunistische Abg. Barh den Namen seines Kollegen Fries in der Anwesenheitsliste des Reichstages gefälscht habe, um die Diäten für den abwesenden Abgeordneten zu retten. Der Abg. Koenen hatte die Freiheit, in einer Antwort an Rahmann zu behaupten, solche Fälschungen würden auch in anderen Fraktionen geübt. In ihn Müller-Franken aufforderte, Namen zu nennen, denn die sozialdemokratische Fraktion werde jeden Abgeordneten ausschließen, der sich eines solchen Vergehens schuldig mache, wußte der münd-

gewaltige Koenen selbstverständlich keinen Namen anzugeben. Er hat sich seine Behauptung aus den Fingern gelogen. War diese Auseinandersetzung schon recht lebhaft, so kam es zu stürmischen Auftritten, die den Fortgang der Sitzung bedrohten, als Koenen die Affäre Hermes mit der Angelegenheit Barh-Fries in Vergleich zog. Minutenlang standen sich Rechte und Linke schreiend und gestikulierend gegenüber. In großer Erregung erklärte Hermes, er lehne es ab, sich mit Leuten auseinanderzusetzen, die gewohnheitsmäßig mit Verleumdungen arbeiteten. Er sehe dem gerichtlichen Verfahren und dem Ergebnis der parlamentarischen Untersuchung mit Ruhe entgegen.

Das Haus trat dann in die Beratung der Körperschaftsteuer ein, deren §§ nach kurzen Bemerkungen einzelner Abgeordneter in rascher Folge angenommen wurden.

## Reichstag.

Dienstag, 21. März, nachm. 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Einfrage des Abgeordneten Körzgiebel (Soz.), die dagegen Einspruch erhebt, daß vor der Postverwaltung noch immer Briefmarken verwendet werden, die das Bildnis des früheren Kaisers und einer Anzahl Generale tragen. Ein Regierungsvertreter erwidert, daß infolge der hohen Herstellungskosten die Restbestände im inneren Betrieb aufgebraucht würden. Seit Dezember 1921 seien die fraglichen Briefmarken nicht mehr an den Schaltern verwendet worden. Jetzt seien sie nahezu aufgebraucht.

Der Gesetzentwurf über die Verlängerung der Geltungsdauer der Demobilisierungsverordnungen geht an den Ausschuß. Es folgt:

## Zweite Lesung der Steuervorlagen.

Die Beratung wird nach Zurückstellung der Abstimmung beim § 21 des Vermögenssteuergesetzes fortgesetzt. Nach dem § 21 beträgt die Vermögenssteuer für die natürlichen Personen von den ersten 250 000 Mark 1 vom Tausend und steigt bis auf 10 vom Tausend. Für die übrigen Steuerpflichtigen beträgt sie jährlich 1% vom Tausend. Der § 22 bringt Zuschläge zur Vermögenssteuer. Der Zuschlag beträgt jährlich für die natürlichen Personen von den ersten 250 000 Mark 100 % und steigt bis auf 200 %.

Herz (USP.) beantragt, schon für die ersten 100 000 Mark 100 % zu erheben und die Steuer bis auf 300 % steigen zu lassen.

Dr. Helfferich (DVP.) wendet sich gegen diesen Antrag. Höllein (Komm.) fordert ebenfalls eine stärkere Erhöhung der Zuschläge.

Helfferich beantragt, nicht dem Zuschlag zur Vermögenssteuer unterliegen sollen deutsche Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen, Handbriefe, Industriebriefe und andere fest verzinsliche, auf deutsche Währung lautende Wertpapiere sowie auf deutsche Währung lautende Hypotheken, soweit diese Wertpapiere und Hypotheken sich seit dem 30. Juni 1919 ununterbrochen im Besitze des Steuerpflichtigen befunden haben.

Staatssekretär Japj wendet sich gegen den Antrag Helfferich. Damit schließt die Aussprache, und es folgen die Abstimmungen.

Bei § 16 (Wertermittlung) wird beschlossen, daß für die Zeit der Erhöhung des Zuschlages die Reichsabgabenordnung mit der Maßgabe Anwendung findet, daß bei Ermittlung des Ertrages besonders der Ertrag der letzten drei Jahre zu berücksichtigen ist. Im übrigen wird der § 16 in der Ausschlußfassung angenommen, ebenso die §§ 21 und 22, die die Tarife enthalten. Der Rest des Gesetzes wird ebenfalls in der Ausschlußfassung angenommen. Angenommen werden ferner die Entschließungen des Ausschusses, unter anderem besonders eine Vorlage, durch die für das Einkommensteuergesetz sowie für das Erbschaftsteuergesetz diejenigen Aenderungen vorgeschlagen werden, die durch die Markentwertung notwendig geworden sind.

Es folgt nun die zweite Beratung des Vermögenszuwachssteuergesetzes. Der Vermögenszuwachs soll gleichzeitig mit der Feststellung des Vermögenswertes für die Vermögenssteuer ermittelt werden, zum ersten Male in der Zeit vom 1. Januar 1923 bis 31. Dezember 1925 von dem entstandenen Vermögenszuwachs. Wäter in Abständen von 3 zu 3 Jahren für den Zuwachs in der vorausgegangenen 3 Kalenderjahren. Die Steuern betragen für die ersten 200 000 Mk. 1 % und steigen bis auf 10 %. Ein Vermögenszuwachs, der länger als 12 Jahre zurückliegt, bleibt bei der Berechnung der Steuer außer Betracht. Nach § 14 ist der Vermögenszuwachs nur dann steuerpflichtig, wenn er den Betrag von 100 000 Mark übersteigt. Die Steuer wird nur erhoben, wenn das Endvermögen mehr als 200 000 Mark beträgt.

Ein kommunistischer und ein deutschnationaler Antrag werden abgelehnt. — § 14 bleibt unverändert. § 16 enthält der Steuer-

tarif. Helfferich betont, man könne unmöglich heute schon einen Tarif zu einem Gesetz beschließen, das erst nach mehr als 3 Jahren angewendet werden solle. Die Kommunisten beantragen eine Verschärfung des Tarifes









Universitätswoche.

Der Bau des Atoms. Vortrag von Professor Dr. Kossel.

Dieser Vortrag fiel insofern aus der Reihe der Vorlesungen heraus, als er nur für ganz wenige Hörer... Die letzten Jahrzehnte haben der Naturwissenschaft große Fortschritte auf dem Gebiete der Atomistik gebracht.

der schwereren Elemente selbst wieder aus Kernen des leichtesten Elements, des Wasserstoffs, und Elektronen aufgebaut zu sein scheint...

Die deutschen Ausgrabungen in Babylonien. Vortrag von Professor Dr. Prinz.

Im Gegensatz zu der sehr sachwissenschaftlichen Vortragsart des Nachmittagsredners bediente sich Prof. Prinz, der vier Jahre (bis zum Beginn des Weltkrieges) zu Ausgrabungen in Babylonien geweiht hat, mit gutem Erfolge einer gemeinverständlichen Vortragsart.

Das Seeamt verhandelte am Montag über den Verkauf des Lübecker Fischdampfers 'Privald', Kapitän Wilm. Das Schiff gehörte der Hochseefischerei-Aktien-Gesellschaft 'Trade' und war erst vor kurzem neu erbaut.

Neues Lohnabkommen im Buchdruckgewerbe. Nach viertägigen Verhandlungen kam es in Berlin zu einem neuen kurzfristigen Lohnabkommen, wonach die bisherigen Lohnsätze vom 27. März ab in Höhe von 17 1/2 Prozent Lohnzuschlag, wozu Lübeck gehört...

Weitere Beschlüsse für die Volkshochschule. Der Verwaltungsausschuss der Lübecker Volkshochschule hat gebeten, ihm auf den für den Betrieb der Schule im Geschäftsjahr 1921 bemittelten Staatszuschuß von 45 000 Mk. die Summe von 26 207,70 Mk. nachzubewilligen.

Knappheit Meerbusen entstehen. Im Eise eingeschlossen sind noch die Hamburger Dampfer 'Wilhelm Ruk', 'Martha Ruk', 'Rudolf' und der Stettiner Dampfer 'Albis'. Eine Gefahr ist für die Schiffe nicht unmittelbar vorhanden.

Dringende Hilfe nach dem Auslande. Vom 1. April an werden im Verkehr mit der Schweiz Poststrahlzüge für dringenden Besondere auf der ganzen Strecke vom Aufgang bis zum Schlußpunkt ausgelassen.

Bon der Schifffahrt. Auch nicht aus dem Eise befreit hat Poststrahlzüge aus Sterin sind die deutschen Dampfer, die im Baltischen Meerbusen im Eise eingeschlossen sind.

Städtische Theater. Am Donnerstag zum ersten Male das Glashüttenmärchen 'Ach Bippa tonk' von Gerhardt Hauptmann.

Warum Jonni Goodmann so Geer weg fall.

Das dem Lübtigen 'Wörddag' herausgegeben von John Brinkmann, verlegt bei M. Clogau jr. Hamburg. Badder Goodmann war'n olen Liebigen Hamburger Habenacker...

Rigatzen Meerbusen entstehen. Im Eise eingeschlossen sind noch die Hamburger Dampfer 'Wilhelm Ruk', 'Martha Ruk', 'Rudolf' und der Stettiner Dampfer 'Albis'.

wh. Städtischen Theater. Der Hauptfilm 'Hinterzettel', der sich diese Woche auf dem Spielplan befindet, ist ein erstklassiges Erzeugnis der Ufa-Gesellschaft.

Hinweise auf Verammlungen, Theater usw.

Städtische Theater. Am Donnerstag zum ersten Male das Glashüttenmärchen 'Ach Bippa tonk' von Gerhardt Hauptmann.

Samia-Theater. Heute, Mittwoch, findet eine geschlossene Vorstellung statt. Donnerstag 7 1/2 Uhr: 'Prinzessin'

Diea la': Freitag 7 1/2 Uhr: zum ersten Male: 'Das Jungferntest', Operette in 4 Akten von Gilbert, die Sonntag wiederholt wird.

Angrenzende Gebiete.

Mitena. 74 Millionen für den Fischereihafen. Der Kostenanschlag für den Fischereihafen schließt mit 74 Millionen Mark ab, von denen 65 Millionen für den jetzt geplanten Ausbau gebraucht werden.

Stensburg. Eine Fähr nach der Insel Röm. Der Verkehrsminister hat vorgeschlagen, eine Verbindung zwischen dem nordfriesischen Festland und der Insel Röm durch eine Fähre herzustellen.

Stensburg. Freisprechung und Schutz des § 193. Vor dem Stensburger Schöffengericht stand der verantwortliche Redakteur der 'Stensburger Volkszeitung', Genosse Cunow, als Angeklagter.

magst du doch so gern, wat? Man to, O! In allus, wat id an Hjer an Prozente krieg, dat leeg id uns Mudder hier op'm Dijk.



